

Verein für Sozialberatung fordert mehr Personal für Wohngeldstelle

VON MAARTEN OVERSTEEGEN

GOCH In dieser Frage war sich die Gocher Lokalpolitik im Haupt- und Finanzausschuss einig: Es muss schneller gehen im Bereich Wohngeld. Eine zusätzliche Stelle war von den Grünen beantragt worden. Die Verwaltung fand den Vorstoß sinnvoll, aber eine Mehrheit will abwarten, ob Umstrukturierungen beim Personal ausreichen. Der Stau bei der Bearbeitung von Anträgen ist inzwischen so groß, dass der damit befasste Mitarbeiter kaum mehr hinterherkommt.

In der Frage meldet sich nun der Verein Selbsthilfe zu Wort. Er fordert die Gocher Politik auf, zügig eine zusätzliche Stelle für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen zu schaffen. Sie sei „dringend notwendig“, heißt es in der Stellungnahme. Am Donnerstag, 26. März, entscheiden die Stadtverordneten in der Ratssitzung, wenn der Haushalt verabschiedet wird.

Der Verein für Sozialberatung erklärt: „Bearbeitungszeiten von acht bis zehn Monaten bei Wohngeldanträgen sind keine bedauerlichen Einzelfälle, sondern die Regel. Die Konsequenz ist nicht selten, dass Betroffene mit ihren Mietzahlungen in den Rückstand geraten – und bereits nach der zweiten rückständigen Miete hat der Vermieter das Recht, die Wohnung zu kündigen.“ Es sei zu



In der Wohngeldstelle des Gocher Rathauses ist es zu einem Antragsstau gekommen.

FOTO: ANJA SETTNIK

befürchten, dass die Zahl der Wohngeldanträge aufgrund der derzeit schlechten wirtschaftlichen Lage zunehmen wird. „Wir appellieren an alle demokratischen Parteien im Rat, dem Antrag zuzustimmen“, heißt es von den Ehrenamtlichen.

Sie weisen weiter darauf hin, dass das Wohngeld eine Leistung des Landes (50 Prozent) sowie des Bundes (50 Prozent) sei und es mithin im Interesse der Kommune liege, „dass die Anträge zeitnah und so unbürokratisch wie möglich bearbeitet werden, denn am Ende kommen die gezahlten Leistungen auch der Wirtschaft vor Ort zu Gute“.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Misere plädiert der Verein für Sozialberatung dafür, dass sich die Kommune zuvorderst auf ihre gesetzlichen Aufgaben konzentriert und „prestigeträchtige Vorhaben“ wie das innerstädtische Entwicklungsprojekt ISEK auf „Sparflamme“

umsetzt. Zumal: „Die angekündigte Erhöhung der Grunderwerbssteuer ist für viele Bürger, die schon jetzt kaum mehr ihre Miete zahlen können, eine enorme Belastung und muss so alsbald wie möglich auch wieder gesenkt werden.“

Scharfe Kritik an der ablehnenden Haltung kommt von den Grünen. Sie erklären, dass die Entscheidung zeige, „dass die meisten Parteien nicht bereit sind, Verantwortung für die zu übernehmen, die dringend Hilfe in unserer Stadt benötigen. Wie wollen diese den Anspruchsberechtigten denn erklären, dass es voraussichtlich weiterhin monatelange Wartezeiten für einen Wohngeldbescheid geben wird? Dass auf der anderen Seite die Stadt Goch weiterhin unfassbar billig Wohnraum anbietet, dürfte den Betroffenen dabei wohl kaum ein Trost sein“, heißt es von der Ratsfraktion. Das sei einer „Miteinander-Stadt“ unwürdig.